

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 13.09.2012

Tagungsort: Mensa des Schulzentrums Heepen
Alter Postweg 33
33719 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher Bezirksbürgermeister -RM-

CDU

Frau Anja Bartsch
Herr Dr. Guido Elsner (Vors.)
Frau Elke Grünwald -RM-
Herr Hartwig Horn
Herr Jens Hüsemann
Frau Heidemarie Pilchner
Herr Andreas Rüter stellv. Bezirksbürgermeister -RM- (ab 18:15 Uhr, TOP 1)

SPD

Herr Reiner Blum
Herr Bernd Diekmann
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger -RM-
Herr Kurt Stuke
Herr Gerhard Wäschebach (Vors.)

Grüne

Frau Marianne Kreye (Vors.)
Herr Tobias Borchers

FDP

Herr Ulrich Kossiek

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

-/-

Verwaltung

Frau Binder-Kruse	Bauamt	(zu TOP 3.3, 5, 6, 8 und 9)
Herr von Neumann-Cosel	Bauamt	(zu TOP 6)
Frau Wocken	Bauamt	(zu TOP 7)
Herr Müller	Amt für Schule	(zu TOP 12)
Frau Prizebilla-Voigt	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -	(zu TOP 13 und 18)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	Schriftführer

Externe

Herr Winkler	Büro Enderweit u. Partner	(zu TOP 5)
Herr Tacke	Büro Hempel u. Tacke	(zu TOP 6 und 8)
Herr Hölscher	BITel	(zu TOP 10)
Herr Ingenhaag	T-Mobile Deutschland GmbH	(zu TOP 10)
Herr Breuers	T-Mobile Deutschland GmbH	(zu TOP 10)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Bebauungsplan Nr. III/O 15 „Gewerbegebiet Niedermeyer's Hof zwischen Ostring und Bechterdisser Straße“

Herr Kettner (Einwohner des Stadtbezirks Heepen) nimmt Bezug auf die Beratung zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/O 15 „Gewerbegebiet Niedermeyers Hof zwischen Ostring und Bechterdisser Straße“ in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 23.08.2012 (vgl. BV Heepen - 23.08.2012 - TOP 10), in der die Verwaltung mit der Begründung „uns rennen die zahlreichen Bewerber die Türen ein, da keine Gewerbeflächen in Bielefeld mehr vorhanden sind“ die Zustimmung zur vorgestellten Planung gefordert hatte. Er fragt, ob die Bezirksvertretung seine Auffassung, dass die Verwaltung es jahrelang versäumt habe, entsprechende Flächen zu entwickeln, teile.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert die bei der Entwicklung neuer Gewerbeflächen zu berücksichtigenden komplexen Abhängigkeiten, die leider häufig zu Verfahrensverzögerungen führen können.

b) Verlängerung der Stadtbahnlinie 2 nach Milse-Ost

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) führt aus, dass den Anwohnern des Buschbachweges von der moBiel GmbH und der Bezirksvertretung Heepen mehrfach eine Wiederholung der Informationsveranstaltung zur Stadtbahnverlängerung „Milse-Ost“ zugesagt wurde. Er fragt, wann die Informationsveranstaltung stattfindet.

Herr Skarabis erläutert, dass die Anwohner des Buschbachweges offenbar aufgrund eines Versehens der moBiel GmbH zur ersten Informationsveranstaltung nicht eingeladen wurden. Die moBiel GmbH habe daraufhin seines Wissens u. a. die Anwohner des Buschbachweges zu einer Informationsveranstaltung in das moBiel-Haus eingeladen. Darüber hinaus habe eine weitere Informationsveranstaltung zur veränderten Planung im Bereich der Querung der Stadtbahntrasse über die Milser Straße stattgefunden.

Herr Kettner weist darauf hin, dass in den Informationsveranstaltungen nicht - wie von den Anwohnern gefordert - die verschiedenen Trassenvarianten nochmals erläutert wurden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, den von Herrn Kettner angesprochenen Sachverhalt zu prüfen.

c) *Unterhaltungsarbeiten an der Milser Straße*

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf von ihm beobachtete Instandsetzungsarbeiten im Bereich der Milser Straße und bittet um Beantwortung der Frage, ob „nur der miserabele Straßenzustand übertüncht werden soll“.

Darüber hinaus weist Herr Kettner darauf hin, dass er in den vergangenen Bezirksvertretungssitzungen zahlreiche Fragen gestellt habe, die schriftlich beantwortet werden sollten. Da manche Fragen bereits im Jahr 2011 gestellt wurden, fragt er, wann mit der Beantwortung zu rechnen sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher führt bezogen auf die von Herrn Kettner angesprochenen Instandsetzungsarbeiten aus, dass die Milser Straße in der Straßenbaulast des Landesbetriebes Straßen NRW liege. Vor diesem Hintergrund könne die Stadt Bielefeld keine Aussagen zu Art und Umfang der durchgeführten Arbeiten treffen. Er bitte die Fachverwaltung, die Frage mit der Bitte um Beantwortung, an den Landesbetrieb Straßen NRW weiterzuleiten und über das Ergebnis zu berichten.

Hinsichtlich der Frage, wann mit der Beantwortung der von Herrn Kettner gestellten Einwohnerfragen zu rechnen sei, erläutert Herr Skarabis, dass alle Einwohnerfragen, die nicht unmittelbar in der Sitzung beantwortet werden können, an die jeweils zuständigen Fachdienststellen mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme weitergeleitet werden. Da sich entsprechende Fragen häufig auf noch nicht abgeschlossene Planungsprozesse beziehen, können sie auch von der Fachverwaltung häufig nicht unmittelbar beantwortet werden. Die Verwaltung werde die von Herrn Kettner gestellte Frage zum Anlass nehmen, den Sachstand der Beantwortung der von Herrn Kettner gestellten Fragen zu prüfen und Herrn Kettner entsprechend informieren.

d) *Neuaufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. III/Brake 15 „Discounter Braker Straße / Am Damm“*

Eine Einwohnerin des Stadtteils Brake nimmt Bezug auf den im Rahmen der Planung vorgesehenen Bau eines Kreisverkehrsplatzes im Einmündungsbereich Braker / Grundstraße. Sie fragt, ob es möglich sei, die Planung an Hand eines Lageplanes vorzustellen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die unter TOP 6 vorgesehene Beratung und bittet die Berichterstatter im Rahmen ihres Vortrages, dem Wunsch der Bürgerin Rechnung zu tragen.

e) *Bebauungsplan* *„Hagenkamp“*

Eine Einwohnerin des Stadtteils Baumheide führt aus, dass ihr bekanntgeworden sei, dass im Bereich Hagenkamp geplant werde, Grundstücksflächen zum Zwecke der Wohnbebauung zu entwickeln und hierfür Spiel- und Grünflächen aufgegeben werden sollen. Sie vermisste in der Tagesordnung der heutigen Sitzung einen entsprechenden Tagesordnungspunkt und fragt, wann die Planung in der Bezirksvertretung beraten werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass ihm eine solche Planung nicht bekannt sei. Er bitte die Verwaltung zu prüfen, ob derzeit tatsächlich an einer entsprechenden Planung gearbeitet werde und der Bezirksvertretung und Frau Stannek (Elisabeth Stannek, Am Wellbach 51, 33609 Bielefeld) über das Ergebnis zu berichten.

f) *Quartiersplatz Wefelshof*

Herr Willi Rolf (Einwohner des Stadtteils Brake) weist darauf hin, dass in der 47. Ausgabe der Stadtteil-Zeitung „Brake aktuell“ im März dieses Jahres über die Fehlplanung des Behindertenparkplatzes im Bereich des Marktplatzes am Wefelshof berichtet wurde. Er stellt in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Wann wird die Stadt Bielefeld den am falschen Standort angelegten Behindertenparkplatz an einem behindertengerechten Standort anlegen?
- Warum wird so etwas nur am „grünen Tisch“ entschieden ohne die Betroffenen zu beteiligen?

Er vertrete zudem die Auffassung, dass die Verantwortlichen die „billigste“ Lösung (Aufbringen einer entsprechenden Markierung, Aufstellung eines Schildes) umgesetzt haben. Wenn es schon nicht möglich sei, den Behindertenparkplatz auf dem Marktplatz vor der Bürgerberatung anzulegen, wo er hingehöre, sollte er neben dem Trafohaus angelegt werden. Hier sei es sogar möglich, 2 Behindertenplatzplätze anzulegen.

Herr Rolf führt weiter aus, dass die Stadtverwaltung den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder erkläre, dass sie kein Geld habe, aber auf der anderen Seite „das Geld zum Fenster heraus werfe“, indem 6 üppige Sitzbänke auf dem Marktplatz Wefelshof aufgestellt werden. An Markttagen, wenn sich viele, auch ältere Leute, zum Einkaufen auf dem Marktplatz aufhalten, seien die Bänke von Verkaufswagen zugestellt und können nicht benutzt werden. Darüber hinaus verfügen die Bänke über keine Rückenlehnen. Seines Erachtens hätte man hier etwas seitlich von der Platzmitte aus gesehen, 3 gewöhnliche Bänke mit Rückenlehnen aufstellen müssen. Der Preis hätte nicht einmal ein Fünftel von dem Preis der aufgestellten Bänke ohne Rückenlehne betragen.

Herr Skarabis erläutert, dass die von Herrn Rolf angesprochenen Probleme bekannt seien. In Kürze werde die Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* der Bezirksvertretung über die Situation beraten und gemeinsam mit den zuständigen Fachdienststellen der Stadt Bielefeld nach geeigneten Lösungen

suchen.

g) Sanierung der Bornholmstraße im Zuge der Sanierungsarbeiten an der Braker Straße

Herr Rolf (Einwohner des Stadtteils Brake) fragt, aus welchen Gründen nicht auch die ersten 150 m der Bornholmstraße im Zuge der Sanierung der Braker Straße mitsaniert werden. Der Zustand sei seines Erachtens schlechter, als der in die Sanierung der Braker Straße einbezogene Abschnitt der Straße Wefelshof.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert die finanziellen Abhängigkeiten, die bei der Sanierung der Braker Straße zu berücksichtigen seien. Leider sei es vor dem Hintergrund der finanziellen Rahmenbedingungen nicht möglich gewesen, auch die Bornholmstraße in die Baumaßnahme einzubeziehen.

h) Verkehrssituation auf der Altenhagener Straße

Herr Olaf Skarabis (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf die unter TOP 4.4 vorgesehene Beratung zur Verkehrssituation auf der Altenhagener Straße und die hinsichtlich der Verkehrsdichte zur Fertigstellung des 4. Bauabschnittes der L 712 n (Ostwestfalenstraße) bestehenden Abhängigkeiten. Seit Jahren sei den Anwohnern versprochen worden, dass sich die Verkehrssituation auf der Altenhagener Straße nach der Fertigstellung des 4. Bauabschnittes der L 712 n verbessern werde. Der Bau verzögere sich jedoch immer wieder. Er fragt, wann endlich mit dem Bau des letzten Abschnittes der Ostwestfalenstraße und der damit verbundenen Verbesserung der Verkehrssituation auf der Altenhagener Straße zu rechnen sei. Sollte die Fertigstellung sich weiter verzögern, müsse sich die Politik seines Erachtens für andere Lösungen entscheiden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert den Stand des Planungsverfahrens und die hinsichtlich der Fertigstellung des 4. Bauabschnittes vom Land NRW zur Finanzierung und den planungstechnisch zu berücksichtigenden Abhängigkeiten getroffenen Aussagen. Die Bezirksvertretung habe keine Möglichkeiten, auf die Landesplanung Einfluss zu nehmen. Sie werde sich jedoch für kurzfristige Lösungen einsetzen. Er verweise in diesem Zusammenhang auf den unter TOP 4.4 zu beratenden Antrag der CDU-Fraktion.

i) Hochwasser im Stadtbezirk Heepen am 29.06.2012

Herr Westermann (Anwohner der Straße Fohlenwiese) fragt, ob es richtig sei, dass der an das Wohngebiet Fohlenwiese angrenzende Bereich als Überschwemmungsgebiet für die Lutter ausgewiesen werde. Er verweist auf die Nachteile (Wertminderung der Grundstücke, höhere Versicherungskosten, höhere Baukosten etc.), die sich daraus für die betroffenen Grundstückseigentümer ergeben. Er fragt, welche Maßnahmen die Stadt Bielefeld zur Eindämmung möglicher Hochwassergefahren treffe.

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den in der Sitzung der

Bezirksvertretung Heepen am 23.08.2012 zum Hochwasserereignis am 29.06.2012 abgegebenen Bericht der Fachverwaltung (vgl. BV Heepen - 23.08.2012 - TOP 12). Der Bericht wurde bereits zum Anlass genommen, gemeinsam mit der Fachverwaltung und den wasserrechtlich Beteiligten kurzfristig mögliche Lösungen zu erörtern. Darüber hinaus werde eine Bürgerinformationsveranstaltung für alle Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Heepen vorbereitet. In dieser Informationsveranstaltung werde die Fachverwaltung die Gesamtsituation erläutern und mögliche Lösungsansätze vorstellen.

j) Verkehrssituation im Stadtteil Oldentrup

Herr Broksche (Einwohner des Stadtteils Oldentrup) nimmt Bezug auf die im Rahmen der Beratung zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Niedermeyers Hof“ vorgestellte Sperrung der Bechterdisser Straße bzw. Oldentruper Straße (Abschnitt zwischen dem das Gewerbegebiet erschließenden Kreisverkehrsplatz auf der Bechterdisser Straße und dem Oldentruper Kreuz) für LKW über 3,5 t. Er lebe mit seiner Familie im östlich des Ostrings gelegenen Abschnitt der Bechterdisser Straße. Hier sei die Verkehrsbelastung der Anwohner nachweislich mindestens genau so hoch wie im angesprochenen Abschnitt der Bechterdisser Straße bzw. Oldentruper Straße. In Gesprächen mit der Straßenverkehrsbehörde sei von Anwohnern wiederholt eine entsprechende Sperrung gefordert worden, die jedoch unter dem Hinweis auf die Verkehrsfunktion der Bechterdisser Straße immer wieder abgelehnt wurde. Dies sei angesichts der nun offenbar möglichen Sperrung der Bechterdisser Straße bzw. Oldentruper Straße für ihn nicht mehr nachvollziehbar. Er frage vor diesem Hintergrund, welche Möglichkeiten bestehen, um auch die Anwohner des östlich des Ostrings gelegenen Abschnitts der Bechterdisser Straße vor den verkehrlichen Belastungen zu schützen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, die von Herrn Broksche aufgeworfenen Fragen zu prüfen. Im Übrigen sei der Bezirksvertretung die verkehrliche Belastung der Anwohner der Bechterdisser Straße, Evenhausener Straße, Oldentruper Straße und Potsdamer Straße sehr bewusst und werde den berechtigten Schutzinteressen der Anwohner auch weiterhin im Rahmen entsprechender Beschlüsse Nachdruck verleihen.

k) 4. Bauabschnitt der L 712 n (Ostwestfalenstraße)

Eine Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen fragt, wann der 4. Bauabschnitt der Ostwestfalenstraße fertig gestellt werde. Darüber hinaus fragt sie, ob Unterschriftenlisten zur Unterstützung der Fertigstellung bzw. hinsichtlich der Forderung anderer verkehrsberuhigender Maßnahmen zwingend Name und Anschrift der Unterzeichner/innen enthalten müssen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf seine zu den Fragen von Herrn Olaf Skarabis zur Fertigstellung des 4. Bauabschnittes der L 712 n getroffenen Aussagen. Bezogen auf die angesprochenen Unterschriftenlisten stellt er fest, dass ihm keine Gestaltungsvorgaben bekannt seien.

Nachdem keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

2.1 Umwidmung einer Fläche im Bereich Herforder Straße / Talbrückenstraße

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.07.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.1 *

2.2 Abrechnungen nach dem KAG

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Informationsvorlage der Verwaltung (Drucksache 4494/2009-2014) zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 04.09.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.2 *

2.3 Festlegung rechtsverbindlicher Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen Am Homersen, Brake, Heeperholz und Milse sowie die Stiftsschule (vgl. u. a. BV Heepen - 21.06.2012 - TOP 9)

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Schul- und Sportausschusses am 26.06.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.3 *

-.-.-

2.4 **Einbahnregelung für den Langustenweg**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Abdruck der Eingabe von Herrn Christoph Vieregge (Anwohner des Langustenweges im Stadtteil Brake) vom 02.09.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.4 *

-.-.-

2.5 **Endausbau der Verkehrsflächen in der Göppinger Straße**

Das Amt für Verkehr hat mitgeteilt, dass der Endausbau der Verkehrsflächen in der Göppinger Straße ab Oktober 2012 erfolgen soll.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.5 *

-.-.-

2.6 **Verkehrssituation Sandbrink/Göppinger Straße (vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 5.1 und 12.01.2012 TOP 6.2)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 03.09.2012.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die örtliche Situation im Einmündungsbereich Göppinger Straße / Sandbrink aus Sicht der SPD-Fraktion und die sich im Rahmen einer „Rechts-vor-Links-Lösung“ ergebenden Probleme. Die SPD-Fraktion habe vor diesem Hintergrund zunächst beabsichtigt, den Antrag zu stellen, die Straße Sandbrink in beide Fahrtrichtungen zu bevorzugen. Aus verfahrenstechnischen Gründen sei dies nicht mehr möglich gewesen. Es sei daher mit der Verwaltung abgestimmt worden, im Rahmen eines Ortstermins eine geeignete Lösung zu suchen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass die verkehrlichen Probleme in diesem Bereich nur durch eine eindeutige Vorrangsregelung zu lösen seien.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.6 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

2.7 Eingabe von Frau Katrin Skarabis zur Verkehrssituation auf der Alten-hagener Straße im Bereich der Straße Am Schelpbrock

Herr Skarabis verweist auf den zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Abdruck der Sachstandsmitteilung der Straßenverkehrsbehörde an Frau Skarabis vom 05.09.2012 und die weitere Eingabe von Frau Skarabis vom 09.09.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.7 *

-.-.-

2.8 Eingabe von Frau Gudrun Marten zu Verkehrsproblemen im Stadtteil Brake

Herr Skarabis verweist auf den zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Abdruck der Eingabe von Frau Gudrun Marten zu Verkehrsproblemen im Bereich der Stedefreunder Straße und der Husumer Straße im Stadtteil Brake.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.8 *

-.-.-

2.9 Rückbau der Straßenbeleuchtung in den Straßen Vahlkamp und Hiddenseestraße

Herr Skarabis verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Mitteilungen des Amtes für Verkehr zum Rückbau der Beleuchtung auf privater Fläche in den Seitenstraßen Vahlkamp

Nr. 9 und 13 sowie auf den Privatparkplätzen Hiddenseestraße 2 bis 6 vom 07.09.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.9 *

-.-.-

2.10

Veranstaltungskalender 2013 für den Stadtbezirk Heepen

Herr Skarabis verweist auf das zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Datenblatt zum Veranstaltungskalender 2013. Er bittet um Prüfung bzw. ggf. Korrektur der Daten und um kurzfristige Rückgabe des Datenblattes an das Bezirksamt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.10 *

-.-.-

2.11

Einladung zur Vernissage

Alle Bezirksvertretungsmitglieder haben zu Sitzungsbeginn eine Einladung zur Vernissage „Marianne Karow: Der Phantasie Raum geben – Acrylmalerei“ am 24.10.2012 um 19:00 Uhr in der Galerie in der Alten Vogtei erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.11 *

-.-.-

2.12

Wanderweg Lutterpatt

Herr Skarabis informiert darüber, dass der Wanderweg „Lutterpatt“ in Höhe des Leithenhofes neu gepflastert wurde. Nach der Pflasterung ergab sich zunächst eine abfallende Seitenkante im Übergang zum Grünbereich. Diese Kante werde noch im September 2012 vom Umweltbetrieb verfüllt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.12 *

-.-.-

2.13 **Pergola im Sieben-Teiche-Grünzug**

Herr Skarabis informiert darüber, dass die Pergola im Sieben-Teiche-Grünzug derzeit von Auszubildenden des Umweltbetriebes neu hergerichtet werde. Entsprechend des Beschlusses zum Gestaltungs- und Pflegekonzept für den Sieben-Teiche-Grünzug vom 16.08.2007 erfolge ein Aufbau aus Natursteinen mit einer Holzpergola. Der Platz werde neu gepflastert und erhalte eine niedrige Böschungsbepflanzung, die von einer Natursteinmauer aufgefangen werde. Ein behindertengerechter Zugang zu diesem Bereich erfolge aus Richtung der „Minoka-Klause“.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.13 *

-.-.-

2.14 **Holzgerüste im Bereich der Bechterdisser Straße**

In der Sitzung der Bezirksvertretung am 23.08.2012 hatte ein Bürger in der Einwohnerfragestunde die Frage gestellt, aus welchen Gründen an der Bechterdisser Straße Holzgerüste errichtet werden. Die Stadtwerke Bielefeld GmbH hat auf Anfrage mitgeteilt, dass die Holzgerüste im Rahmen der Sanierungsarbeiten an den dort verlaufenden Freileitungen errichtet wurden, um z. B. die Straßentrassen zu sichern. Die Arbeiten in diesem Bereich dauern voraussichtlich noch bis Ende November 2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.14 *

-.-.-

2.15 **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/O 15 „Gewerbegebiet Niedermeyers Hof zwischen Ostring und Bechterdisser Straße“**

Herr Skarabis informiert darüber, dass die öffentliche Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger zur Planung am Dienstag, dem 25.09.2012, um 18.30 Uhr, in der Hauptschule Oldentrup stattfindet. Die öffentliche Bekanntmachung erfolge in den nächsten Tagen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 2.15 *

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Marktplatz Wefelshof

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4624/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

„Der Marktplatz in Brake befindet sich im Zentrum des Ortes. Er wird inzwischen als Schandfleck wahrgenommen. Das liegt auch daran, dass aus dem Müllcontainer regelmäßig Flüssigkeit austritt. Zudem scheinen dort Maden eine Heimat gefunden zu haben. Es ist nicht erkennbar, dass die Mülleimer regelmäßig geleert werden. Für die Grünpflege um und am Marktplatz scheint niemand zuständig zu sein. Das Grün wächst bereits auf die Bürgersteige und wird auch als „Mülleimer“ benutzt.

Frage:

Wer ist für den Marktplatz in Brake zuständig?

Zusatzfragen:

Wer ist dafür zuständig, dass der Müllcontainer und die Mülleimer auf dem Marktplatz geleert werden und in welchem Rhythmus passiert das?

Wer ist für die Grünpflege am und um den Marktplatz zuständig und wann findet sie statt?

Herr Skarabis erläutert, dass sich der Marktplatz am Wefelshof im Eigentum der Stadt Bielefeld und im Zuständigkeitsbereich des Immobilienservicebetriebes befinde. Die Fläche umfasse die gepflasterte Platzfläche und den östlich bis zur Erschließungsstraße angrenzenden Grünstreifen. Der Müllcontainer, der im westlichen Bereich des Parkplatzes aufgestellt sei, gehöre zum Markt. Der Container werde alle 2 Wochen am Montag vom Umweltbetrieb im Auftrag der Marktverwaltung geleert. Der Container sei aufgrund angetrockneter Flüssigkeitsspuren vermutlich undicht. Der Müllcontainer wurde daher ausgetauscht. Madenbefall sei in der warmen Jahreszeit leider immer möglich. Künftig werde während der warmen Jahreszeit die Leerung daher auf einen wöchentlichen Rhythmus umgestellt (Donnerstag Markt und Montag Leerung). Die Mülleimer befinden sich neben den beiden Bänken. Die Leerung der Mülleimer war bisher nicht eindeutig geregelt. Die Mülleimer werden künftig einmal wöchentlich vom Umweltbetrieb geleert. Leerungstag sei in der Regel Dienstag. Die Unterhaltung der Platzfläche sowie des Gründstreifens war bisher ebenfalls nicht geregelt. Der Immobilienservicebetrieb werde hierzu kurzfristig den Umweltbetrieb beauftragen, den Platz und den Grünstreifen zu „entkrauten“ und die laufende Pflege zu übernehmen. Es sei beabsichtigt, den Platz zum 01.01.2013 als

öffentliche Verkehrsfläche zu widmen. Der Platz gehe dann in die Zuständigkeit des Amtes für Verkehr über und die Reinigung des Platzes erfolge im Rahmen der Straßenreinigung einmal wöchentlich. Die Pflege des angrenzenden Grünstreifens werde dann ebenfalls vom Amt für Verkehr veranlasst.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Auswirkungen möglicher Beschränkungen der Ladenöffnungszeiten

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4627/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der FDP:

Die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt nach Presseinformationen die Zahl der Termine, an denen in einem Stadtgebiet verkaufsoffene Sonntage stattfinden können, zu beschränken (siehe Quelle: <http://www.derwesten.de/politik/nrw-will-verkaufsoffene-sonntage-per-gesetz-beschaenken-id6990174.html>). Eine Sonntagsöffnung im Stadtbezirk Heepen wird dann nicht mehr unabhängig von den Öffnungen in anderen Stadtbezirken genehmigt werden können.

Frage:

Können die Werbegemeinschaften im Stadtbezirk Heepen davon ausgehen, dass auch nach Inkrafttreten einer derartigen gesetzlichen Neuregelung verkaufsoffene Sonntage wie in 2012 stattfinden können?

Zusatzfragen:

- 1. Wie könnte eine Terminkoordinierung innerhalb Bielefelds aussehen und welche Möglichkeiten gibt es, die Termine im Stadtbezirk Heepen auch für die kommenden Jahre zu sichern?*
- 2. Muss der Heeper Ting in den nächsten Jahren mit Festen in anderen Stadtteilen am gleichen Termin stattfinden, um es mit einem verkaufsoffenen Sonntag zu verbinden und welche Besuchereinbußen sind dann unter Umständen durch die Stadtteilsfestkonkurrenz zu erwarten?*

Herr Skarabis erläutert, dass es z. Z. in Bielefeld 28 verkaufsoffene Sonntage in den 10 Stadtbezirken gebe. Diese verteilen sich auf 18 unterschiedliche Sonntage. Im Stadtbezirk Heepen gebe es z. Z. 4 Sonntagsöffnungen. Die Zulässigkeit der Sonntagsöffnung sei im Ladenöffnungsgesetz und in der

„Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Bielefeld über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“ geregelt. Diese Verordnung sei bis zum 31.12.2012 befristet und trete dann außer Kraft. Eine aktuelle Nachfrage beim zuständigen Ministerium des Landes NRW habe ergeben, dass hinsichtlich einer beabsichtigten Neuregelung des Ladenöffnungsgesetzes bisher kein Gesetzesentwurf vorliege. Es könne daher auch keine Aussage zu möglichen Veränderungen und deren Konsequenzen getroffen werden. Eine Beantwortung der Anfrage sei insofern aktuell nicht möglich, da die künftigen Rahmenbedingungen nicht bekannt seien. Bei den Überlegungen hinsichtlich der Regelungen ab 2013 werden alle betroffenen Akteure zeitnah eingebunden. In diesem Zusammenhang seien dann auch die in der Anfrage aufgeworfenen Fragen zu diskutieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 3.2 *

Zu Punkt 3.3 Grafenheide-West

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4633/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Wann wird der Aufstellungsbeschluss für den Bereich Brake-West der Bezirksvertretung vorgelegt?

Frau Binder-Kruse (Bauamt) erläutert, dass die Verwaltung an der Planung arbeite und anstrebe, in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung eine entsprechende Beschlussvorlage zur Beratung vorzulegen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) und Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) vertreten in ihren Wortbeiträgen hinsichtlich der die Planung verzögernden Gründe unterschiedliche Auffassungen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 3.3 *

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Wiederaufstellung von Servicegeräten auf den Bahnhöfen Brake und Oldentrup

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4626/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Bundesbahnverwaltung Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, dass auf den Bahnhöfen in Brake und Oldentrup notwendige Servicegeräte wieder vorhanden sind.

Herr Schatschneider (Die Linke) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

Auf den Bahnhöfen in Brake und Oldentrup befinden sich keine Servicegeräte mehr. Als Grund gab die Fachverwaltung an, dass diese Bahnhöfe nicht mehr von der Bundesbahn bedient werden (vgl. BV Heepen - 23.08.2012 - TOP 5.2 - Drucksache 4513/2009-2014). Diese Aussage ist auf den Braker Bahnhof bezogen falsch.

Fahrgäste die nicht über Zeitfahrkarten (z. B. Monatskarten) verfügen, haben weder am Bahnhof noch in den Zügen der Bundesbahn die Möglichkeit, Fahrkarten zu kaufen und zu entwerfen. Daher sind diese Geräte erforderlich.

An fast jeder Straßenbahnhaltestelle gibt es Möglichkeiten sich über Reisetarife zu informieren und Fahrkarten zu erwerben. Warum dieser Service an Bahnhöfen nicht notwendig sein soll, ist nicht nachvollziehbar.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Bundesbahnverwaltung Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, dass auf den Bahnhöfen in Brake und Oldentrup notwendige Servicegeräte wieder vorhanden sind.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

**Zu Punkt 4.2 Ausführlichere Berichterstattung zu der Auslastung von
Betreuungsangeboten an Grundschulen im Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4628/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung die in den Mitteilungen der Sitzung vom 23.08.2012 gemachten Angaben zu den Betreuungsangeboten jenseits der OGS an den Grundschulen des Stadtbezirks insbesondere in quantitativer Sicht zu ergänzen. Dabei sind bei allen Angeboten die angebotenen und nachgefragten Plätze zu benennen. Im Falle eines unzureichenden Angebots soll berichtet werden, wie mit den abgewiesenen Familien umgegangen wird/werden soll.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass er in der Sitzung vom 23.08.2012 (vgl. BV Heepen - 23.08.2012 - TOP 4.14) den zur Beratung vorliegenden Antrag angekündigt hatte, um die quantitativen Daten, die in der Stellungnahme des Amtes für Schule fehlten, nachzufordern. Darüber hinaus ergänzt er den vorliegenden Antrag um folgende Formulierung:

Neben den quantitativen Daten (für alle Schulen) sollte die Frage beantwortet werden, warum die VüM-Nachfrage in der Grundschule Am Homersen nicht vorhanden ist, wohingegen im selben Stadtteil (Grundschule Heeperholz) das Angebot nicht ausreicht.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung die in den Mitteilungen der Sitzung vom 23.08.2012 gemachten Angaben zu den Betreuungsangeboten jenseits der OGS an den Grundschulen des Stadtbezirks insbesondere in quantitativer Sicht zu ergänzen. Dabei sind bei allen Angeboten die angebotenen und nachgefragten Plätze zu benennen. Im Falle eines unzureichenden Angebots soll berichtet werden, wie mit den abgewiesenen Familien umgegangen wird/werden soll.

Neben den quantitativen Daten (für alle Schulen) sollte die Frage beantwortet werden, warum die VüM-Nachfrage in der Grundschule Am Homersen nicht vorhanden ist, wohingegen im selben Stadtteil (Grundschule Heeperholz) das Angebot nicht ausreicht.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.2 *

--

Zu Punkt 4.3 Erneute Prüfung der Anordnung einer Tempo-30-Zone auf der Glückstädter Straße (Abschnitt zwischen der Braker Straße und der Bornholmstraße)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4629/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Anordnung einer Tempo-30-Zone auf der Glückstädter Straße zwischen Braker Straße und Bornholmstraße unter dem folgenden Gesichtspunkt erneut zu prüfen:

In dem genannten Streckenabschnitt kommt es unregelmäßig zu außergewöhnlichen Verkehrssituationen (z. B. Beerdigungen, andere Veranstaltungen mit großer Teilnehmerzahl usw.). Diese Belastungen sind mit einer Verkehrszählung nicht zu erfassen, stellen aber eine verkehrlich problematische Situation dar, der - wenn sie eintritt - durch die Anordnung einer Geschwindigkeitsreduzierung begegnet werden müsste. Aufgrund der Sporadizität der Ereignisse kann hier nur eine dauerhafte Anordnung einer Tempo-30-Zone eine wirksame Verbesserung der Verkehrssicherheit bringen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

Wie in der Sitzung vom 23.08.2012 angekündigt, soll mit diesem Antrag die Prüfung unter Berücksichtigung des o. g. Sachverhalts erneut erfolgen. Aus Sicht der CDU-Fraktion sind hier verkehrszählende Argumente, die auf den Standardfall rekurrieren, nicht ausschlaggebend. Vielmehr müssen die nicht vorhersagbaren besonderen Ereignisse (z. B. große Beerdigungen, besondere Veranstaltungen im Gemeindehaus usw.) berücksichtigt werden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt, die Anordnung einer Tempo-30-Zone auf der Glückstädter Straße zwischen Braker Straße und Bornholmstraße unter dem folgenden Gesichtspunkt erneut zu prüfen:

In dem genannten Streckenabschnitt kommt es unregelmäßig zu außergewöhnlichen Verkehrssituationen (z. B. Beerdigungen, andere Veranstaltungen mit großer Teilnehmerzahl usw.). Diese Belastungen sind mit einer Verkehrszählung nicht zu erfassen, stellen aber eine verkehrlich problematische Situation dar, der - wenn sie eintritt - durch die Anordnung einer Geschwindigkeitsreduzierung begegnet werden müsste. Aufgrund der Sporadizität der Ereignisse kann hier nur eine dauerhafte Anordnung einer Tempo-30-Zone eine wirksame Verbesserung der Verkehrssicherheit bringen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.3 *

--

Zu Punkt 4.4 Verkehrssituation auf der Altenhagener Straße in Höhe der Straße "Am Schelpbrock"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4630/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssituation auf der Altenhagener Straße in Höhe der Straße „Am Schelpbrock“ unter den folgenden Gesichtspunkten zu prüfen:

- *Wie ist die Verkehrssicherheit zu beurteilen (insbesondere angesichts der besonderen Verkehrssituation (Einfahrten, Bushaltestelle, fehlendes Überholverbot)?*
- *Wie groß ist die Verkehrs- und damit verbundene Lärmbelastung (in beiden Fahrtrichtungen, zu unterschiedlichen Tageszeiten, bedingt durch die Verkehrslenkung) insgesamt und im Vergleich zu vergleichbaren Straßen?*
- *Welche verkehrssichernden und verkehrsberuhigenden Maßnahmen können umgesetzt werden, mit welchen Auswirkungen?*

Das Ergebnis der Untersuchung ist der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) sieht die Notwendigkeit, angesichts der Einwohnereinwände die Situation auf der Altenhagener Straße objektiv zu untersuchen. Obwohl sich der Straßenabschnitt in der Straßenbaulast des Landesbetriebes Straßen NRW befindet, sollte die Bezirksvertretung auf der Grundlage einer entsprechenden Analyse ihre Möglichkeiten nutzen, um die von den Bürgerinnen und Bürgern vorgetragenen Verkehrsprobleme zu lösen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssituation auf der Altenhagener Straße in Höhe der Straße „Am Schelpbrock“ unter den folgenden Gesichtspunkten zu prüfen:

- **Wie ist die Verkehrssicherheit zu beurteilen (insbesondere angesichts**

der besonderen Verkehrssituation (Einfahrten, Bushaltestelle, fehlendes Überholverbot)?

- Wie groß ist die Verkehrs- und damit verbundene Lärmbelastung (in beiden Fahrtrichtungen, zu unterschiedlichen Tageszeiten, bedingt durch die Verkehrslenkung) insgesamt und im Vergleich zu vergleichbaren Straßen?
- Welche verkehrssichernden und verkehrsberuhigenden Maßnahmen können umgesetzt werden, mit welchen Auswirkungen?

Das Ergebnis der Untersuchung ist der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.4 *

Zu Punkt 4.5 Regelmäßiger Grünschnitt des Bahnbegleitgrüns in der Naggertstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4631/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die zuständigen Stellen zu veranlassen, das Bahnbegleitgrün an der Naggertstraße rechtzeitig so weit zurückzuschneiden, dass parkende PKWs entlang der Bahnlinie nicht gezwungen werden, weit vom Bordstein entfernt zu parken, so die Fahrbahn verengen und so ggf. die Verkehrssituation verschärfen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die örtliche Situation und verweist darüber hinaus auf die schriftliche Antragsbegründung:

Entlang der Bahnlinie wächst das Grün mitunter weit in den Straßenraum, so dass ein Parken direkt an der Bordsteinkante nicht möglich ist. Auf diese Weise wird die Verkehrssituation unnötig verschärft. Hier sollte regelmäßig ein Grünschnitt erfolgen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die zuständigen Stellen zu veranlassen, das Bahnbegleitgrün an der Naggertstraße rechtzeitig so weit zurückzuschneiden, dass parkende PKWs entlang der Bahnlinie nicht gezwungen werden, weit vom Bordstein entfernt zu parken, so die Fahrbahn verengen und so ggf. die Verkehrssituation verschärfen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.5 *

Zu Punkt 4.6 Überprüfung der Ausstattung bzw. Austausch / Umbau der öffentlichen Mülleimer im Stadtbezirk

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4632/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Grünunterhaltung die öffentlichen Mülleimer im Stadtbezirk dahingehend zu überprüfen, ob sie so ausgestattet sind (z. B. durch eine Deckelplatte), dass es bei normaler Befüllung Vögeln nicht möglich ist, den Müll aus dem Eimer zu holen und in der Umgebung zu verteilen. Langfristig sollen die nicht entsprechend ausgestatteten Mülleimer ausgetauscht oder umgebaut werden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass vermehrt zu beobachten sei, dass Vögel auf Nahrungssuche öffentliche Mülleimer, auch wenn sie nicht überfüllt seien, ausräumen und den Müll in der Umgebung verteilen. Dieser Missstand sollte erfasst und langfristig mit möglichst geringem Aufwand behoben werden. Da das beschriebene Problem nicht ausschließlich im Stadtbezirk Heepen zu beobachten sei, empfehle er, die Untersuchung bezogen auf die gesamte Stadt Bielefeld durchzuführen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung im Hinblick auf die Johannisbachau, die Bezirksvertretungen Schildesche und Jöllenbeck über die Beschlussfassung zu unterrichten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Grünunterhaltung die öffentlichen Mülleimer im Stadtbezirk dahingehend zu überprüfen, ob sie so ausgestattet sind (z. B. durch eine Deckelplatte), dass es bei normaler Befüllung Vögeln nicht möglich ist, den Müll aus dem Eimer zu holen und in der Umgebung zu verteilen. Langfristig sollen die nicht entsprechend

ausgestatteten Mülleimer ausgetauscht oder umgebaut werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.6 *

-.-.-

Zu Punkt 4.7 Einbahnregelung für den Langustenweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4634/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, des Vertreters der FDP und des Vertreters der Partei Die Linke:

Der Langustenweg wird (in Fahrtrichtung Kerksiekweg) wieder als Einbahnstraße ausgewiesen (Ausnahme: Radfahrer).

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

Einige Jahre bestand bereits diese Regelung, bis sie vom Amt für Verkehr ohne erkennbaren und nachvollziehbaren Grund und ohne Beteiligung der Bezirksvertretung wieder aufgehoben wurde.

Nach wie vor bestehen die Probleme, die seinerzeit zur Einbahnregelung geführt hatten:

- *Funktion: kleine Anliegerstraße (Bebauung mit 1-2-Familienhäusern)*
- *Fehlende Bürgersteige/Gehwege; unbefestigter Straßenrand*
- *Gefährdung der Fußgänger und Kinder durch den Beidrichtungsverkehr*
- *Durch die Enge bedingt: Ausweichen bei Begegnungsverkehr auf die unbefestigten Ränder*
- *Begünstigung für Schleichverkehre (vor allem für den überörtlichen Berufsverkehr).*

Im Übrigen sind die Schildermasten noch vorhanden, so dass eine zügige Umsetzung des Antrages erwartet wird. Sollte mit dem HSK argumentiert werden, sind die Anwohner bereit, die Beschilderungskosten zu tragen.

Darüber hinaus ergänzt er den Antragstext um folgende Formulierung:

Darüber hinaus ist ein LKW-Durchfahrtsverbot zu prüfen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Langustenweg wird (in Fahrtrichtung Kerksiekweg) wieder als Einbahnstraße ausgewiesen (Ausnahme: Radfahrer). Darüber hinaus ist ein LKW-Durchfahrtsverbot zu prüfen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.7 *

-.-.-

Zu Punkt 4.8 Tarifzonenänderung für die Haltestellen "Am Vogelholz" und "Am Jammertal"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4635/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Grüne-Fraktion, des Vertreters der FDP und des Vertreters der Partei Die Linke.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) informiert darüber, dass die Fraktionen und Parteienvertreter den vorliegenden Antrag nochmals überarbeitet haben und verweist auf den zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Text:

1. Die Verwaltung / das Amt für Verkehr wird aufgefordert, der Bezirksvertretung kurzfristig eine Lösung für die bekannten Probleme mit beiden Haltestellen der Buslinie 101 „Am Vogelholz“ und „Am Jammertal“ vorzulegen. Ziel ist dabei, dass die Nutzer dieser Buslinie für Fahrten nach Herford oder Bielefeld den Fahrpreis für nur **eine** Tarifzone entrichten müssen.
2. Für den Bereich Husumer Straße soll geprüft werden, für die Linie 101 eine weitere Haltestelle einzurichten.
3. Auf der westlichen Haltestelle „Am Vogelholz“ ist eine Sitzgelegenheit aufzufzusetzen.
4. Langfristig sind die Haltestellen „Am Vogelholz“ und „Am Jammertal“ der Buslinie 101 so zu ändern, dass diese Haltestellen sowohl der Tarifzone Herford wie der Tarifzone Bielefeld zugeordnet werden, damit v. a. die Bielefelder Nutzer der Buslinie nicht den teureren Tarif zahlen müssen, wenn sie nach Brake oder Bielefeld fahren wollen.

Darüber hinaus verweist Herr Wäschebach auf die schriftliche Antragsbegründung:

1. Die Stedefreunder Straße bildet über eine Länge von etwa 600 m die Stadtgrenze Bielefeld-Herford. Die Haltestelle „Am Vogelholz“ liegt in diesem Bereich. Die Haltestelle (von Bielefeld aus gesehen) stadtauswärts liegt auf Herforder Gebiet; stadteinwärts auf Bielefelder Gebiet. Tarifrrechtlich gehört diese Haltestelle zu Herford - mit der Folge, dass die Anwohner den erhöhten Tarif zahlen müssen, wenn sie nach Bielefeld fahren. Das ist nicht nachvollziehbar.
2. Es leben vor allem ältere Menschen, die selbst nicht mehr Auto fahren und überwiegend nach Bielefeld / Brake orientiert sind, im Bereich dieser Haltestelle. Sie sind finanziell nicht so ausgestattet, dass die häufige Busnutzung zum erhöhten Tarif nicht ins Gewicht fiele.
3. Der Fußweg zur nächsten Haltestelle auf Bielefelder Stadtgebiet (Lämmkenstatt) ist nicht zumutbar: 1. zu weit; 2. zu gefährlich: es gibt keinen straßenbegleitenden Fußweg. Hinzu kommt, dass die Beleuchtung entlang der Stedefreunder Straße schon abends ausgeschaltet wird. Deshalb ist es naheliegend, im Bereich Husumer Straße eine weitere Haltestelle einzurichten.
4. Für die Haltestelle „Am Jammertal“ gelten ähnliche Gegebenheiten. Hinzu kommt dort, dass unmittelbar an diese Haltestelle nach Norden noch einmal ein kleiner Bielefelder Korridor anschließt.

Das alles macht die Notwendigkeit deutlich, im Sinne des Antrags zu verfahren.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) und Bezirksbürgermeister Sternbacher vertreten unter Hinweis auf die bereits wiederholt in der Bezirksvertretung diskutierte Problematik nachdrücklich die Auffassung, dass nun zeitnah eine Lösung gefunden werden müsse, die allen Nutzerinnen und Nutzer gerecht werde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die Verwaltung / das Amt für Verkehr wird aufgefordert, der Bezirksvertretung kurzfristig eine Lösung für die bekannten Probleme mit beiden Haltestellen der Buslinie 101 „Am Vogelholz“ und „Am Jammertal“ vorzulegen. Ziel ist dabei, dass die Nutzer dieser Buslinie für Fahrten nach Herford oder Bielefeld den Fahrpreis für nur eine Tarifzone entrichten müssen.
2. Für den Bereich Husumer Straße soll geprüft werden, für die Linie 101 eine weitere Haltestelle einzurichten.
3. Auf der westlichen Haltestelle „Am Vogelholz“ ist eine Sitzgelegenheit aufzustellen.
4. Langfristig sind die Haltestellen „Am Vogelholz“ und „Am Jammertal“

der Buslinie 101 so zu ändern, dass diese Haltestellen sowohl der Tarifzone Herford wie der Tarifzone Bielefeld zugeordnet werden, damit v. a. die Bielefelder Nutzer der Buslinie nicht den teureren Tarif zahlen müssen, wenn sie nach Brake oder Bielefeld fahren wollen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.8 *

--

Zu Punkt 4.9 Aufnahme des Stadtteils Baumheide in das ISEK-Förderprogramm

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4636/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Grüne-Fraktion, des Vertreters der FDP und des Vertreters der Partei Die Linke und die Begründung:

Die Verwaltung wird aufgefordert, für den Stadtteil Baumheide zeitnah mit den Voruntersuchungen für das „Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept“ (ISEK) zu beginnen - mit dem Ziel, Baumheide möglichst bald (2013/14) in die Städtebau-Förderprogramme des Bundes und Landes anzumelden bzw. dort einzubringen.

Begründung:

Im Verwaltungsbericht vom Dezember 2007 zum Integrierten Handlungskonzept ISEK - Stadtumbau West (in den betroffenen Bezirksvertretungen in gemeinsamer Sitzung mit dem UStA am 7. April 2008 beraten und beschlossen) ist Baumheide als „Beobachtungsgebiet“ ausgewiesen (S. 110/111). Ziel des Antrags ist es, diesen Status zu ändern, um die Fördermittel insbesondere zum Umbau der „neuen Mitte Baumheide“ beantragen zu können. Die Notwendigkeit ergibt sich aus der erkennbaren Funktionsschwäche (Sicherheitsdefizit), dem Substanzmangel (öffentlicher Platz) und dem dringenden städtebaulichen Handlungsbedarf. Ziel der Stadtumbaumaßnahmen ist die Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil durch eine nachhaltige Verbesserung des öffentlichen Raums und des Wohnumfeldes. Die Bedingungen für einen konstruktiven projektbegleitenden Kommunikationsprozess sind in der Baumheide günstig (s. o.), da der Stadtteil über sehr gut funktionierende Partizipationsstrukturen (Projektkonferenz) verfügt, in denen sich sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die im Stadtteil tätigen Akteure (u. a. Kindergärten, Schulen, FZZ, Beratungsstelle, Kirchen, Polizei und Wohnungswirtschaft / Freie Scholle) für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität im Stadtteil einsetzen. Zudem fördert die Gemeinschaftsstiftung Baumheide-Heepen Kleinprojekte, und die Bezirksvertretung Heepen arbeitet - in Abstimmung mit der Projektkonferenz - an der nachhaltigen Lösung der vorhandenen Probleme.

Er verweist auf den langen Diskussionsprozess und bringt darüber hinaus seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die fraktions- und parteiübergreifende Initiative den Stadtteil Baumheide voran bringen werde.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Bezirksbürgermeister Sternbacher vertretenen Auffassung an. Seines Erachtens sei es notwendig, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Lebensqualität im Stadtteil Baumheide weiter zu verbessern.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird aufgefordert, für den Stadtteil Baumheide zeitnah mit den Voruntersuchungen für das „Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept“ (ISEK) zu beginnen - mit dem Ziel, Baumheide möglichst bald (2013/14) in die Städtebau-Förderprogramme des Bundes und Landes anzumelden bzw. dort einzubringen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.9 *

Zu Punkt 4.10 Aufnahme der Haltestelle "Baumheide" in das Programm "moBiel 2030"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4637/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Grüne-Fraktion, des Vertreters der FDP und des Vertreters der Partei Die Linke sowie die Begründung des gemeinsamen Antrages:

Der Umbau der Haltestelle der Stadtbahnlinie 2 „Baumheide“ ist in das Handlungsprogramm „moBiel 2030“ aufzunehmen.

Die Haltestelle ist ein Angst einflößendes Relikt aus den 70er Jahren. Deshalb beschäftigen sich Projektkonferenz, Bürger und die BZV seit Jahren mit Umbauplänen der Haltestelle Baumheide. Der Umbau ist wichtiger Baustein und Ausgangspunkt für die Planungen der „Neuen Mitte Baumheide“.

moBiel ist deshalb die richtige Adresse für diesen Antrag, weil durch die Öffnung der U-förmigen Haltestelle nach Süden

1. *Die Ängste der potentiellen Nutzer verringert werden können,*
2. *Die soziale Kontrolle großräumig möglich wird,*
3. *Ein barrierefreier Zugang geschaffen werden kann,*
4. *Mehr Fahrgäste zu erwarten sind (z. Zt. ist bei vielen - insbesondere bei Kindern und alten Menschen - eher ein Vermeidungsverhalten zu unterstellen).*

Darüber hinaus ist der Umbau der Haltestelle der logische nächste Schritt, wenn im neuen Fahrplan auch in den Abendstunden die optimierten Taktzeiten gelten und die Stadtbahnlinie 2 in Richtung Milse / Altenhagen verlängert wird.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die Stadtbahnhaltestelle und ihr Umfeld. Er stellt fest, dass hier dringender Handlungsbedarf bestehe.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter stellt fest, dass auch dieser gemeinsame Antrag zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil Baumheide beitragen werde. Er dankt den Akteuren im Stadtteil, der Bauverwaltung und allen übrigen Beteiligten für die konstruktive Begleitung des Prozesses.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Der Umbau der Haltestelle der Stadtbahnlinie 2 „Baumheide“ ist in das Handlungsprogramm „moBiel 2030“ aufzunehmen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 4.10 *

-.-.-

Zu Punkt 5

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/M8 "Fischerheide" Teilfläche C für ein Gebiet südlich der Herforder Straße, westlich der Heilbronner Straße, nördlich der Donauschwabenstraße und östlich der Straße Büscherweg

(Flur 1, Gemarkung Milse)**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 4611/2009-2014

Frau Binder-Kruse (Bauamt) und Herr Winkler (Büro Enderweit & Partner) erläutern nach einem Rückblick auf das Verfahren die Beschlussvorlage der Verwaltung zum Satzungsbeschluss im Überblick.

Im Anschluss fasst Herr Winkler im Rahmen einer Beamer-Präsentation die im Verfahren aufgrund der zahlreichen von den Bürgerinnen und Bürgern geäußerten Anregungen und Bedenken vorgenommen Plananpassungen (Begrenzung der Firsthöhen, Verschiebung der Baufenster, Herausnahme des Büscherweges aus dem Plangebiet etc.) zusammen. Darüber hinaus verweist er auf die hierzu von der Bezirksvertretung im Rahmen der Beratungen gefassten Beschlüsse.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt Herr Winkler fest, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung zum Satzungsbeschluss gegenüber der Beschlussvorlage zum Entwurfsbeschluss keine wesentlichen Änderungen beinhalte.

Herr Wäschebach stellt im Rahmen eines Rückblickes auf das Verfahren fest, dass die jetzt vorliegende Planung aus seiner Sicht weitestgehend allen Beteiligten gerecht werde. Dies sei nicht zuletzt auf das besondere Engagement der Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen, wofür er ihnen danke.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass die vielen von den Bürgerinnen und Bürgern geäußerten Anregungen und Bedenken im Verlauf des langen Entscheidungsprozesses sehr hilfreich waren. Auch er danke ihnen für ihre konstruktive Unterstützung.

Herr Schatschneider (Die Linke) schließt sich dem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern geäußerten Dank an. Bezogen auf die festgesetzten Firsthöhen erinnere er daran, dass er vor dem Hintergrund der geäußerten Anregungen und Bedenken gefordert hatte, die Firsthöhen im Bereich der äußeren Bebauung auf maximal 10 m zu begrenzen. Da dieser Forderung nicht Rechnung getragen wurde, werde er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erinnert daran, dass der bisherige Bebauungsplan in diesem Bereich Geschosswohnungsbau vorsah. Die jetzt vorliegende Planung werde daher aus seiner Sicht den veränderten städtebaulichen Rahmenbedingungen im Stadtteil Milse gerecht.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :**1. Den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

und der frühzeitigen Behördenbeteiligung wird gemäß der Darstellung der Anlage A1 teilweise gefolgt.

2. Die Anregung der Bürger/-innen zum Entwurf des Bebauungsplanes wird gemäß der Anlage A2 (Anregungen zum Entwurf, laufende Nummer 22 aus der Tabelle) zurückgewiesen.
3. Den Anregungen der Bürger/-innen zum Entwurf des Bebauungsplanes wird gemäß den Anlagen A2 (Anregungen zum Entwurf laufende Nummern 11+12 aus der Tabelle) gefolgt.
4. Den Anregungen der Bürger/-innen zum Entwurf des Bebauungsplanes sowie zum erneuten Entwurf wird gemäß den Anlagen A2 (Anregungen zum Entwurf laufende Nummern 1-10, 13-21, 23 sowie Flugblatt aus der Tabelle) und A3 (Anregungen zum erneuten Entwurf laufende Nummer 1 der Tabelle) teilweise gefolgt.
5. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, zur Begründung des Bebauungsplanes Nr. III/M8 „Fischerheide“ Teilfläche C werden beschlossen
6. Der Bebauungsplan Nr. III/M8 „Fischerheide“ Teilfläche C für das Gebiet südlich der Herforder Straße - westlich der Heilbronner Straße - nördlich der Donauschwabenstraße und östlich des Büscherweges - Flur 1, Gemarkung Milse, wird gemäß § 10 (1) BauGB mit dem Text und der Begründung als Satzung beschlossen.
7. Der Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung ist gemäß § 10 (3) BauGB bekannt zu machen. Der Bebauungsplan ist mit der Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten.

- bei einer Gegenstimme beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 5 *

-.-.-

Zu Punkt 6

Neuaufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes III / Br 35 "Discounter Braker Straße / Am Damm" für das Gebiet nördlich der Braker Straße und östlich der Straße Am Damm auf dem Flurstücken 1437 und 1438 der Flur 11, Gemarkung Brake sowie Teile der öffentlichen Verkehrsfläche der Braker Straße sowie der Grundstraße gem. §§ 12 und 13 a BauGB
- Stadtbezirk Heepen -

Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4607/2009-2014

Nach einem kurzen Rückblick auf die bisherigen Verfahrensschritte durch

Herrn von Neumann-Cosel (Bauamt) erläutert Herr Tacke (Büro Hempel & Tacke) im Rahmen einer Beamer-Präsentation ausgehend von der Bestandsituation die vorliegende Planung und geht dabei besonders auf die Erschließung des Plangebietes über den neu anzulegenden Kreisverkehr, die Lage der Baukörper und die Gestaltung der Außenfassaden ein.

Auf Rückfrage von Herrn Borchers (Grüne-Fraktion) stellt er fest, dass es sich bei den dargestellten Fußgängerüberwegen im Bereich des Kreisverkehrs um „Zebrastreifen“ handele.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf den Standort der Mitarbeiter-Parkplätze und die hierfür vorgesehene zusätzliche Ein- bzw. Ausfahrt im südöstlichen Bereich des Plangebietes. Er erwarte, dass die Mitarbeiter-Parkplätze nicht nur von den Mitarbeitern, sondern auch von Dritten (z. B. Kunden der Sparkasse) genutzt werden. Dies werde aus seiner Sicht im Bereich der zusätzlichen Ein- bzw. Ausfahrt zu verkehrlichen Problemen führen. Seines Erachtens sollte daher geprüft werden, ob die zusätzliche Ein- bzw. Ausfahrt erforderlich sei. Darüber hinaus halte er es für sinnvoll, dass die Mitarbeiter-Parkplätze z. B. durch eine Schranke für Dritte gesperrt bleiben. Weiterhin erinnere er an den bereits mehrfach geäußerten Wunsch, die Bushaltestellen von ihrem jetzigen Standort in nordwestliche Richtung näher zum Bahnhofsgebäude hin zu verlagern. Er bitte, auch diese Möglichkeit im weiteren Verfahren nochmals zu prüfen.

Herr Tacke weist unter Bezugnahme auf die von Herrn Dr. Elsner geäußerten Bedenken darauf hin, dass die Mitarbeiter-Parkplätze bereits vor der Marktöffnung von den Mitarbeitern belegt werden. Er sehe die Gefahr, dass diese Parkplätze von Dritten genutzt werden, vor diesem Hintergrund nicht. Hinsichtlich der Verschiebung der Haltestellen-Standorte sei mit der moBiel GmbH lediglich die Frage erörtert worden, ob die Haltestellen am bisherigen Standort verbleiben können.

Herr Dr. Elsner sieht weiterhin die Notwendigkeit, die Mitarbeiter-Parkplätze deutlich abzugrenzen und auf die zusätzliche Ein- bzw. Ausfahrt zu verzichten. Darüber hinaus bitte er, mit der moBiel GmbH nochmals zu erörtern, ob eine Verschiebung der Bushaltestellen näher zum Bahnhof hin möglich sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher schließt sich der von Herrn Dr. Elsner hinsichtlich der Abgrenzung der Mitarbeiter-Parkplätze und des Verzichts auf die zusätzliche Ein- bzw. Ausfahrt vertretenen Auffassung an.

Herr von Neumann-Cosel erläutert, dass die Standorte der Bushaltestellen in der Planung lediglich nachrichtlich dargestellt, nicht jedoch Bestandteil der Planung seien. Er werde das Amt für Verkehr bitten, eine mögliche Verschiebung der Haltestellen-Standorte zu prüfen.

Auf entsprechende Rückfrage von Herrn Wäschebach erläutert Herr Tacke die bei der Ausgestaltung des Kreisverkehrsplatzes zu berücksichtigenden räumlichen Abhängigkeiten. Weiterhin bestätigt er, dass die Möglichkeit der Bezirksvertretung, bis zum Satzungsbeschluss in die Planung einzugreifen, durch in der Vorlage enthaltene Formulierungen nicht eingeschränkt werde. Die ebenfalls von Herrn Wäschebach angesprochene Sorge, dass eine von der Bezirksvertretung gewünschte multifunktionale Nutzung des Parkplatzes durch jetzt gefasste Beschlüsse nicht mehr zum tragen kommen könne, hält Herr

Tacke für unbegründet, da die Multifunktionalität des Platzes nicht über den Bebauungsplan, sondern in Abstimmung mit dem Betreiber zu regeln sei. Die mögliche multifunktionale Nutzung sei jedoch z. B. bereits bei der Darstellung der vorgesehenen Baumstandorte berücksichtigt worden.

Herr Wäschebach nimmt Bezug auf die derzeit laufende Sanierung der Braker Straße und fragt, ob der Kreisverkehrsplatz noch im Zuge der laufenden Sanierungsarbeiten gebaut werden könne.

Herr Tacke erläutert die vom Investor bezogen auf die Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes zu berücksichtigenden finanziellen Abhängigkeiten, weist aber darauf hin, dass zwischen dem Investor und dem Amt für Verkehr bereits entsprechende Abstimmungsgespräche geführt werden.

Auf Rückfrage von Herrn Diekmann (SPD-Fraktion) erläutert Herr Tacke die Führung des Radverkehrs im Bereich des Kreisverkehrsplatzes und weist dabei auf die räumlich bedingte Einschränkung hin, die es nicht zulasse, einen separaten Radweg anzulegen.

Im Anschluss bestätigt er auf Rückfrage von Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion), dass die zur Begrünung des Parkplatzes in der Vorlage getroffenen Aussagen verbindlich seien.

Herr Dr. Elsner unterstreicht nochmals die aus seiner Sicht bestehende Notwendigkeit, die Mitarbeiter-Parkplätze abzugrenzen und auf die zusätzliche Ein- bzw. Ausfahrt zu verzichten. Darüber hinaus vertritt er die Auffassung, dass das Verfahren bereits weiter fortgeschritten wäre, wenn der Beirat für Stadtgestaltung und der Stadtentwicklungsausschuss die Planung nicht verzögert hätten.

Auf Rückfrage von Herrn Borchers erläutert Herr Tacke, dass die Höhe der auf dem Gelände befindlichen Mastleuchten so berechnet werde, dass diese nicht zu Blendwirkungen führen.

Herr von Neumann-Cosel informiert darüber, dass das Amt für Verkehr beabsichtige, die Beschlussvorlage zum Ausbaustandard des Kreisverkehrsplatzes der Bezirksvertretung in der November-Sitzung zur Entscheidung vorzulegen.

Bezogen auf die Frage von Herrn Wäschebach, ob bereits ein Abrissantrag vorliege, stellt Herr von Neumann-Cosel fest, dass dies nicht der Fall sei.

Auf die Frage, wann mit dem Beginn der Bauarbeiten zu rechnen sei, führt Herr Tacke aus, dass er hierzu noch keine verbindliche Aussage treffen könne, der Baubeginn aber für Ende des Jahres angestrebt werde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. III / Br 35 „Discounter Braker Straße/ Am Damm“ für das Gebiet nördlich der Braker Straße**

und östlich der Straße Am Damm auf den Flurstücken 1437 und 1438 der Flur 11, Gemarkung Brake sowie Teile der öffentlichen Verkehrsfläche der Braker Straße sowie der Grundstraße wird gemäß §§ 2 und 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Text und der Begründung als Entwurf beschlossen.

2. Der Bebauungsplanentwurf ist mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Offenlegung sind gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
3. Gemäß § 4 (2) BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf des Bebauungsplanes einschließlich der Begründung, einzuholen.
4. Im Rahmen der weiteren Planung ist der mögliche Verzicht auf die vorgesehene zusätzliche Ein- bzw. Ausfahrt zu prüfen. Weiterhin ist die Frage zu prüfen, wie die Abgrenzung der Mitarbeiter-Parkplätze gewährleistet werden kann und ob aus verkehrsplanerischer Sicht die Möglichkeit besteht, die bisherigen Haltestellen-Standorte näher in Richtung Bahnhof zu verschieben.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 6 *

Zu Punkt 7

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/H 7 "Auf dem Klee" für eine Teilfläche des Gebietes südwestlich Flur 56, Flurstück 1164 (Eckendorfer Straße 222), südlich Eckendorfer Straße, östlich Vogteistraße und nördlich Flur 8, Flurstück 2591 (Gustav-Stute-Weg) im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB - Stadtbezirk Heepen -

Entwurf zur 2. Offenlegung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4505/2009-2014

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den textlichen Festsetzungen der 1. Änderung des Bebauungsplanes III/ H 7 „Auf dem Klee“ werden beschlossen.
2. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes III/ H 7 „Auf dem Klee“ wird gemäß §§ 3 (2), 13 BauGB für eine Teilfläche des Gebietes südwestlich Flur 56, Flurstück 1164 (Eckendorfer Str. 222), südlich Eckendorfer Straße, östlich Vogteistraße und nördlich Flur 8, Flurstück 2591 (Gustav-Stute-Weg) erneut als Entwurf beschlossen.
3. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes III/ H 7 „Auf dem Klee“ ist mit der Begründung für die Dauer eines Monats gemäß § 4a (3) BauGB erneut öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
4. Parallel zur Auslegung sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erneut zu beteiligen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ O 12 "Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A 2" für das Gebiet südlich der Bechterdisser Straße und östlich des Ostrings - Stadtbezirk Heepen -

Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4479/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und die in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am

23.08.2012 (vgl. BV Heepen - 23.08.2012 - TOP 2) im Kontext zur Erschließung des Plangebietes gestellten Einwohnerfragen.

Herr Winkler (Büro Enderweit & Partner) erläutert die Planung (Darstellung im Flächennutzungsplan, Abgrenzung des Plangebietes, Lage der Baufenster, derzeitige Nutzung und künftige Nutzung etc.) im Überblick.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter bezeichnet die Planung aufgrund der vorhandenen Gebietsstruktur als erwartungsgemäß. Er führt aus, dass die Anlieger vor dem Hintergrund der - bei Erschließung über die Ludwig-Erhard-Allee zu erwartenden zusätzlichen Verkehrs- und Lärmbelastungen - angeregt hatten, das Plangebiet über ein angrenzendes Privatgrundstück von der Bechterdisser Straße her zu erschließen. Er fragt, ob diese Option geprüft wurde.

Weiterhin sehe er in der zunehmenden verkehrlichen Belastung des gesamten Gebietes ein grundsätzliches Problem. Er erinnere in diesem Zusammenhang an die bereits mehrfach in der Bezirksvertretung diskutierte Möglichkeit, die Bechterdisser Straße ab dem Kreisverkehrsplatz an der Ludwig-Erhard-Allee begradigt nach Osten zu führen. Seines Erachtens könne die Wohnbebauung damit grundlegend entlastet werden. Er bitte die Verwaltung, diese Option nochmals zu prüfen und ihre Realisierung anzustreben.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass jede Planung in diesem Gebiet im Kontext zu einer nachhaltigen Verbesserung der Verkehrssituation diskutiert werden müsse.

Herr Tacke erläutert die bei der Erschließung des Plangebietes über das angesprochene Privatgrundstück zu berücksichtigenden Abhängigkeiten (betriebliche Abläufe, haftungsrechtliche Fragen etc.). Aus fachlicher Sicht sei diese Form der Erschließung nicht möglich.

Auf Nachfrage von Herrn Stuke (SPD-Fraktion), ob die Erschließung über das Privatgrundstück mit den Eigentümern erörtert wurde, führt Herr Tacke aus, dass diese Erschließungsvariante nicht mit den Eigentümern, jedoch mit der WEGE mbH und dem Kaufinteressenten erörtert, aber von beiden verworfen wurde.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) erklärt, dass es aus ihrer Sicht wünschenswert wäre, die Ansiedlung eines Transportunternehmens grundsätzlich zu vermeiden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass das Gelände grundsätzlich gut für den Betrieb geeignet, die Erschließung jedoch ungünstig sei.

Herr Stuke erinnert daran, dass die Anwohner in der Bürgerinformationsveranstaltung zur Planung gefordert hatten, kein weiteres Transportunternehmen im Plangebiet anzusiedeln.

Auf einen entsprechenden Hinweis von Herrn Wäschebach stellt Bezirksbürgermeister Sternbacher fest, dass nicht über die Ansiedlung eines bestimmten Unternehmens, sondern über die Änderung des Bebauungsplanes zu beraten sei.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass die Erschließung des Plangebietes über das Privatgrundstück aufgrund der bestehenden Abhängigkeiten auch aus seiner Sicht problematisch sei. Es sei seines Erachtens notwendig, mit Nachdruck eine Gesamtlösung für die im Stadtteil Oldentrup vorhandenen Verkehrsprobleme zu entwickeln.

Frau Wocken (Bauamt) weist darauf hin, dass die Verkehrsproblematik aus fachlicher Sicht nicht im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens gelöst werden könne, sondern separat diskutiert werden müsse.

Herr Dr. Elsner beantragt, die vom stellvertretenden Bezirksbürgermeister Rüther beschriebene Prüfung der Begradigung der Bechterdisser Straße in die Beschlussfassung mit aufzunehmen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, um die Verkehrssituation im Stadtteil Oldentrup zu verbessern.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte für eine Begradigung der Bechterdisser Straße im Abschnitt zwischen Kreisverkehr Ludwig-Erhard-Allee und Autobahnbrücke einzuleiten und die Maßnahme zeitnah umzusetzen.

Darüber hinaus beschließt die Bezirksvertretung:

- 1. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III / O 12 „Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A 2“ wird für das Gebiet südlich der Bechterdisser Straße und östlich des Ostrings mit dem Text und der Begründung als Entwurf beschlossen.**
- 2. Der Bebauungsplanentwurf ist mit dem Text, der Begründung und den umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Offenlegung sind gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen.**
- 3. Gemäß § 4 (2) BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf und der Begründung einzuholen.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9 **Satzung über die nochmalige Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre für ein Grundstück südlich der Herforder Straße, westlich der Heilbronner Straße (Gemarkung Milse, Flur 1, Flurstück 460) (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/ M8 "Fischerheide" - Teilfläche C)**
- Stadtbezirk Heepen -
Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4488/2009-2014

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erläutert Frau Binder-Kruse (Bauamt), dass eine Wohnbebauung in dem von der Veränderungssperre betroffenen Gebiet der Neuplanung des Anschlusses bzw. der Abbindung der Heilbronner Straße entgegenstehe. Insofern diene die Veränderungssperre der Absicherung der für die Herforder Straße begonnenen Planung.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre für ein Grundstück südlich der Herforder Straße, westlich der Heilbronner Straße (Gemarkung Milse, Flur 1, Flurstück 460) (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/ / M 8 „Fischerheide“ - Teilfläche C) wird b e s c h l o s s e n .

Für die genaue Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan im Maßstab 1:500 vorgenommene Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10 **Versorgung des Stadtbezirkes mit schnellen DSL-Anschlüssen**

Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt die Vertreter der Netzbetreiber Herrn Hölscher (BITel), Herrn Ingenhaag (T-Mobile Deutschland GmbH) und Herrn Breuers (T-Mobile Deutschland GmbH). Unter Hinweis auf die in den letzten Sitzungen der Bezirksvertretung geführte intensive Diskussion bittet er die Vertreter der Netzbetreiber, die Versorgungslage im Stadtbezirk Heepen

darzustellen und zu erläutern, wie etwaige Unterversorgungen beseitigt werden können.

Herr Hölscher erläutert im Rahmen einer Beamer-Präsentation die von der BITel verwendete Netztechnik und die Standorte der Verteilerstationen im Stadtbezirk. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die dem Endkunden zur Verfügung stehende Geschwindigkeit seines DSL-Anschlusses im Wesentlichen davon abhängt, wie weit die nächste Verteilerstation entfernt sei. Im Anschluss erläutert er den derzeitigen Netzausbaustandard und die von der BITel beabsichtigten Netzerweiterungen. Bezogen auf den Bereich Tödtheide im Stadtteil Brake führt er aus, dass die BITel grundsätzlich bereit sei, ihr Angebot auch in diesem Bereich auszuweiten, verweist aber auf die zu berücksichtigenden betriebswirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Im Anschluss erläutern Herr Ingenhaag und Herr Breuers im Rahmen einer Beamer-Präsentation

- die Breitbandversorgung in Deutschland mit regional unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu leistungsfähigen T-Kommunikationsnetzen,
 - die Entwicklung im Breitbandmarkt,
 - die Varianten der Breitbandversorgung,
 - den DSL-Breitbandausbau in ländlichen Gebieten,
 - den Breitbandausbau der Deutschen Telekom
 - im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland
 - in Nordrhein-Westfalen
 - im Gebiet der Stadt Bielefeld
 - die technischen Rahmenbedingungen für DSL
- und
- die Beteiligungsmöglichkeiten der Kommunen bei Netzausbauentscheidungen.

Insgesamt sei das Netz im Gebiet der Stadt Bielefeld gut ausgebaut. Da sich Signale mit zunehmender Entfernung von der Verteilerstelle abschwächen, stelle die Versorgung von ländlichen und Stadtrandgebieten jedoch ein Problem dar, das aufgrund geringer Kundenzahl und somit fehlender Wirtschaftlichkeit nicht allein von der Deutschen Telekom gelöst werden könne.

Vor diesem Hintergrund unterstütze das Unternehmen auf Antrag interessierter Kommunen die Schaffung einer dauerhaft zukunftsfähigen und hochwertigen Breitbandstruktur durch

- Information und Markterkundung,
- Angebots- und Auswahlverfahren

sowie

- die Erarbeitung entsprechender Förderanträge.

Letztlich könne auf der Grundlage entsprechender Kooperationsverträge der Breitbandausbau dann auch wirtschaftlich dargestellt werden.

Alternativ können die Kommunen durch Hilfsmaßnahmen (Übernahme von Tiefbauarbeiten, Bereitstellung von Kabelkanälen oder Leerrohren, Leistung finanzieller Zuschüsse etc.) ihren Beitrag zur Schließung von Versorgungslücken beitragen.

Ansprechpartner für Beratung, Bedarfs- und Kostenanalyse seien die Breitbandkompetenzzentren.

Herr Breuers erläutert an Hand entsprechender Planunterlagen die Versorgungsstruktur und -qualität im Stadtbezirk Heepen und im Stadtteil Brake. Abschließend verweist er auf die bei einer Netzausbaumentcheidung zu berücksichtigenden betriebswirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) fragt, inwieweit die Möglichkeit genutzt werde, im Zuge von öffentlichen Straßenbauprojekten (z. B. Sanierung der Braker Straße) Synergien zu generieren. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass Bürgerinnen und Bürger immer wieder die Frage an die Politiker richten, warum benötigte Leitungen nicht dann verlegt werden, wenn die Straße ohnehin „aufgerissen“ sei.

Herr Ingenhaag stellt fest, dass die sich z. B. im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen ergebenden möglichen Synergieeffekte soweit wie möglich genutzt werden.

Herr Hölscher erläutert auf Nachfrage, dass die BITel die Versorgungssituation im Bereich Tödtheide konkret geprüft habe. Die Ausbaumentcheidung der BITel orientiere sich – wie bereits erläutert - aus betriebswirtschaftlichen Gründen am zu erschließenden Marktanteil, der in etwa 40 % betragen sollte. Für das Gebiet Tödtheide bedeute dies, dass - sollten 72 Anschlussaufträge bei der BITel eingehen - voraussichtlich ein entsprechender Netzausbau erfolge.

Bezirksbürgermeister Sternbacher weist darauf hin, dass auch im Gewerbegebiet Oldentrup ansässige Firmen auf Versorgungsmängel hingewiesen haben.

Herr Hölscher vertritt die Auffassung, dass die unter Umständen bestehenden Probleme aus seiner Sicht zu lösen seien, sofern die Bereitschaft für entsprechende Investitionen bestehe.

Herr Kossiek (FDP) fragt, wie von „Anfang an“ in neuen Bebauungsplangebietes eine angemessene Versorgung gewährleistet werden könne.

Herr Ingenhaag erläutert die Form der Beteiligung des Unternehmens an den von Herrn Kossiek angesprochenen Planungsprozessen und die aus eigenem Interesse im Hinblick auf eine angemessene Versorgung eines Plangebietes angestrebte Kooperation mit z. B. Bauträgern.

Auf entsprechende Rückfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt Herr Hölscher fest, dass die BITel bisher nicht an Bebauungsplanverfahren beteiligt werde.

Auf weitere Rückfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert Herr Ingenhaag, dass Bürgerinnen und Bürger sich mit allen Fragen zur DSL-Versorgung an die örtlichen Vertriebsstellen der Telekom wenden können und die an die Vertriebsstellen gerichteten Anfragen von dort aus an die zuständigen Bereiche weitergeleitet werden.

Für die BITel stellt Herr Hölscher fest, dass Bürgerinnen und Bürger sich jederzeit im Haus der Technik am Jahnplatz über die seitens der BITel bestehenden Versorgungsmöglichkeiten im Telekommunikationsbereich informieren können.

Herr Dr. Elsner bittet darum, den Bezirksvertretungsmitgliedern die vorgestellten Präsentationsunterlagen zur Verfügung zu stellen (*Hinweis: Die Präsentationsunterlagen wurden den Fraktionsvorsitzenden bzw. Parteienvertretern per E-Mail übersandt*).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11 Verwertbarkeit der Planungen und Untersuchungen zur B 66n für die Planung der Variante 3 einer Ortsumgehung Oldentrup

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4436/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung (Drucksache 4436/2009-2014).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 11 *

Zu Punkt 12 Erster kommunaler Lernreport der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4350/2009-2014

Herr Müller (Amt für Schule) führt aus, dass der 1. Bielefelder Lernreport neben

den kommunalen Rahmenbedingungen des Bildungswesens verschiedene Bereiche des „lebenslangen Lernens“ über 4 Lerndimensionen abbilde. Damit beginne die Stadt auf lokaler Ebene mit einer systematischen - auf verschiedenen Indikatoren basierenden - Bildungsberichterstattung. Da Bildung eines der zentralen Themen für die Entwicklungsfähigkeit einer Stadt sei und der Kommune eine wachsende Bedeutung bei der Gestaltung der lokalen Bildungslandschaft zukomme, benötige die Stadt eine sichere Datenbasis, um die lokalen Entwicklungen, Problemlagen und Handlungsbedarfe im Bildungsbereich transparent darzustellen. Der Lernreport stelle diese Daten in überschaubarer Form zu Verfügung und liefere daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen für zukünftige Entscheidungen im Bildungsbereich. Im Anschluss erläutert Herr Müller den Lernreport im Überblick und geht dabei im Detail auf das Verfahren, die Systematik, motivationsabhängiger Aspekte, Zielsetzungen etc. ein. Abschließend erläutert er stadtteilbezogene Aussagen des Lernreportes und Verständnisfragen der Bezirksvertretungsmitglieder.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bewertet verschiedene Aussagen des Lernreportes und teilt die von Herrn Müller im Rahmen seines Vortrages vertretene Auffassung, dass der Lernreport und die zu erwartenden Fortschreibungen auch als Grundlage kommunalpolitischer Entscheidungen herangezogen werden können. Er sehe z. B. im Hinblick auf Fragen der Sprachförderung, Ausbauentscheidungen für Kinderbetreuungseinrichtungen oder auch die Spielplatzbedarfsanalyse entsprechender Zusammenhänge.

Herr Müller weist auf entsprechende Rückfrage darauf hin, dass der Lernreport keine Aussagen zur Frage der Kosten für die Beseitigung aufgezeigter Defizite treffe. Seines Erachtens bestehe jedoch die Möglichkeit, im Rahmen der durch die demographische Entwicklung eingesparte Finanzmittel im Bildungssystem zu belassen, um entsprechende Defizite weitestgehend kostenneutral zu verringern.

Bezirksbürgermeister Sternbacher führt aus, dass der Lernreport bewusst keine Aussagen zur Finanzierung treffe, um die hinsichtlich der Beseitigung vorhandener Defizite geführte Diskussion offen führen zu können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 12 *

--

Zu Punkt 13 Übernahme der Trägerschaft für eine neue Kindertageseinrichtung am Standort Rabenhof, 33609 Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4581/2009-2014

Frau Prizebilla-Voigt (Amt für Jugend und Familie - Jugendamt) weist zunächst darauf hin, dass sich nicht 3 sondern nur 2 Träger für die Trägerschaft bewerben und bittet die Bezirksvertretungsmitglieder, die ihnen vorliegende Beschlussvorlage diesbezüglich zu korrigieren. Im Anschluss erläutert sie die Beschlussvorlage unter Hinweis auf die beigefügten Trägerkonzepte im Überblick und stellt abschließend fest, dass beide Träger aus fachlicher Sicht gleichwertig bewertet werden und bisher nicht im Stadtbezirk Heepen als Träger einer Kindertageseinrichtung aktiv seien.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, ob im Stadtteil Baumheide Pläne für die Errichtung einer weiteren Kindertagesstätte bestehen.

Frau Prizebilla-Voigt erläutert, dass der Bedarf mittelfristig gedeckt sei. Sollte sich ein höherer Bedarf abzeichnen, könne jederzeit reagiert werden. Auf entsprechende Rückfrage führt sie aus, dass inzwischen zu beobachten sei, dass auch Eltern aus anderen Kulturkreisen großen Wert darauf legen, dass ihre Kinder früh eine Kindertagesstätte besuchen.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) bedauert, dass auch die neue Kindertagesstätte im Stadtteil Baumheide lediglich Kinder ab 2 Jahren aufnehme. Seines Erachtens zeichne sich ein höherer Bedarf für Plätze für unter 2-jährige Kinder ab.

Frau Prizebilla-Voigt erläutert daraufhin die baulichen Abhängigkeiten, die im Rahmen des Angebotes für unter 2-jährige Kinder zu berücksichtigen seien.

Herr Borchers vertritt die Auffassung, dass die Bereitstellung entsprechender Angebote die Akzeptanz des Angebotes erhöhe.

Frau Prizebilla-Voigt weist auf Rückfrage darauf hin, dass die Trägersentscheidung in nichtöffentlicher Sitzung zu treffen sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 13 *

-.-.-

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

* BV Heepen - 13.09.2012 - öffentlich - TOP 14 *

Holm Sternbacher

Bezirksbürgermeister

Herbert Lötze

Schriftführer